

Name(n): Fran Engelen
Vorname(n) Frank
Straße Lochnerweg 2
PLZ, Ort: 40724 Milden

An das
Jugendamt der Stadt Ouisburg

Tel.: _____ / _____

-ASD-, Abt. 51
Kuhstr. 6
Straße, Hausnr.

Fax.: _____ / _____

40757 Ouisburg
PLZ Stadt

22.09.2016
Datum

Antrag / Anträge nach dem achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII), auf:

- 1) Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts nach § 18 SGB VIII incl. Erarbeitung einer Elternvereinbarung
- 2) Beratung, Informationen zum Themenkreis „umgangsbedingte Kosten“ und Unterstützung bei der Beantragung der Erstattung der Kosten zur Wahrnehmung des wechselseitigen Umgangsrechts gem. R-Nr. 9 des abgedruckten Zitats der Kommentare zum § 18 des SGB VIII
- 3) Erstattung der Umgangskosten, incl. Fahrtkosten
- 4) Beratung und Unterstützung bei der Realisierung des Auskunftsrechts
- 5) Hilfen zur Erziehung nach § 28 SGB VIII, Erziehungsberatung
- 6) Durchführung eines Hilfeplangesprächs nach § 36 SGB VIII

Antragsteller

1) Mutter:

Nachname Vorname Geb.-Datum

Straße, Hausnr.

PLZ Stadt

1a) Vater:

Engelen Frank 24.10.1965
Nachname Vorname Geb.-Datum

Lochnerweg 2
Straße, Hausnr.

40724 Milden
PLZ Stadt

Antragsteller

2) Großmutter:

Engelen Rosemarie 24.11.1937
Nachname Vorname Geb.-Datum
Stertrader Str. 797
Straße, Hausnr.
47539 Dinslaken
PLZ Stadt

2a) Großvater:

Nachname Vorname Geb.-Datum

Straße, Hausnr.

PLZ Stadt

3) Weitere (Umgangs)-berechtigte Person: _____ (bitte angeben)
(weitere Umgangsberechtigte Personen sind z.B. Geschwister, Paten, Stief-
geschwister, Stiefeltern, Pflegeeltern)

Nachname Vorname Geb.-Datum

Straße, Hausnr.

PLZ Stadt

3a) Weitere (Umgangs)-berechtigte Person: _____ (bitte angeben)

Nachname Vorname Geb.-Datum

Straße, Hausnr.

PLZ Stadt

Beteiligte (für weitere Kinder, diese Seite ggf. kopieren)

Kind 1:

Engelen Francisca 26.03.2004
 Nachname Vorname Geb.-Datum
Hochheider Str. 42
 Straße, Hausnr.
47228 Quisburg
 PLZ Stadt

Verwandtschafts- Sorgerechtsverhältnis zu dem(n) Antragsteller(n):

	1) Mutter	1a) Vater	2) Oma	2a) Opa
- Leibliches Kind	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		
- Sorgerecht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kind 2:

Engelen Juliana 08.07.2000
 Nachname Vorname Geb.-Datum
Hochheider Str. 42
 Straße, Hausnr.
47228 Quisburg
 PLZ Stadt

Verwandtschafts- Sorgerechtsverhältnis zu dem(n) Antragsteller(n):

	1) Mutter	1a) Vater	2) Oma	2a) Opa
- Leibliches Kind	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		
- Sorgerecht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kind 3:

Engelen Florian 14.05.1995
 Nachname Vorname Geb.-Datum
Stormstr. 3
 Straße, Hausnr.
47226 Quisburg
 PLZ Stadt

Verwandtschafts- Sorgerechtsverhältnis zu dem(n) Antragsteller(n):

	1) Mutter	1a) Vater	2) Oma	2a) Opa
- Leibliches Kind	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		
- Sorgerecht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sehr geehrter Herr / Frau Köpcke,

Nach eingehender Beratung durch die Beratungsstelle FAMILIENWOHL stelle ich auf Grundlage der Rechtsvorschriften nach §§ 18,5 SGB VIII sowie den entsprechenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches folgende Anträge und bitte höflich um Einladung zu einem Kooperations-, bzw. Termins zur Planung der beantragten Hilfe(n) (§ 36 SGB VIII) und anschließender Bewilligung.

Antrag 1)

Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts

Erarbeitung einer Eltern- bzw. Vereinbarung mit Betreuungspersonal bezüglich des Umgangs mit meinem(n) / unserem(n) Kind(ern)

Ich / Wir,

Mutter / Vater / Eltern, Großmutter, Großvater, etc. des(r) oben aufgeführten Kindes(r),

stelle(n) hiermit den Antrag auf Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts auf Basis der wechselseitigen Rechtsansprüche meines(r) / unseres(r) Kindes(r) sowie meines / unseres eigenen Rechtsanspruchs aus Paragraphen 18 SGB VIII, respektive Absatz 3 sowie aus §§ 1684, 1685 BGB.

Für die Auswahl der mir / uns anbietenden Einrichtungen und Dienste will ich / wollen wir unser Wunsch- und Wahlrecht nach § 5 SGB VIII ausüben.

Zitat aus dem SGB VIII:

§ 5 SGB VIII

Wunsch- und Wahlrecht

- (1) Die Leistungsberechtigten haben das Recht, zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe zu äußern. Sie sind auf dieses Recht hinzuweisen.
- (2) Der Wahl und den Wünschen soll entsprochen werden, sofern dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Wünscht der Leistungsberechtigte die Erbringung einer in § 78a SGB VIII genannten Leistung in einer Einrichtung, mit deren Träger keine Vereinbarungen nach § 78b SGB VIII bestehen, so soll der Wahl nur entsprochen werden, wenn die Erbringung der Leistung in dieser Einrichtung im Einzelfall oder nach Maßgabe des Hilfeplans (§ 36), geboten ist.

Ich / wir, wünschen, dass die beantragte Beratung, Unterstützung, Umgangsbegleitung, etc. durch folgenden Träger erbracht werden soll:

- Verein, Beratungsstelle FAMILIENWOHL;
Moerser Str. 284, 47228 Duisburg, Tel.: 020 65 / 899 762, Fax: 020 65 / 899 763,
Mobil: 0157 544 79 537, e-mail: Info@FAMILIENWOHL.de

Kinderschutzbund Duisburg e.V.
Alder Str.

Ich / wir entbinden die / den beauftragte(n) Einrichtung / Dienst gegenüber dem Jugendamt von der **Schweigepflicht**:

JA

NEIN (wird empfohlen)

Antrag 2)

Beratung, Informationen zum Themenkreis „umgangsbedingte Kosten“ und Unterstützung bei der Beantragung der Erstattung der Kosten zur Wahrnehmung des wechselseitigen Umgangsrechts gem. R-Nr. 9 des abgedruckten Zitats der Kommentare zum § 18 des SGB VIII

Ich / Wir,
Mutter / Vater / Eltern, Großmutter, Großvater, etc. des(r) oben aufgeführten Kindes(r),

stelle(n) hiermit den Antrag auf Beratung und Unterstützung bezüglich der umgangsbedingten Fahr- und weiteren Kosten.

Sofern vorhanden, senden Sie mir /uns bitte Ihre diesbezügliche Infobroschüre zu.

Antrag 3)

Antrag auf Erstattung der Umgangskosten, incl. Fahrtkosten und Verpflegungsmehraufwand

Ich / Wir,

Mutter / Vater / Eltern, Großmutter, Großvater, etc. des(r) oben aufgeführten Kindes(r),

stelle(n) hiermit den Antrag auf Erstattung der umgangsbedingten Kosten für unser(e) Kind(er) zu:
(bei getrennter – im Übrigen unzulässiger - Unterbringung, diese Seite bitte kopieren und je Kind gesondert ausfüllen)

- 1) 2) 3) 4)

Im Einzelnen beantrage(n) ich / wir (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- a) die Erstattung der Fahrtkosten unter Nutzung des eigenen (geliehenen, etc.) PKW in Höhe von 30 Cent je gefahrenen Kilometer je Umgangskontakt.

Bei einer einfachen Entfernung von 50 km ergibt sich folgender Erstattungsbetrag:

4 Umgänge pro Monat x 50 km x 0,3 € x 2 = 120 Euro

- b) Die Erstattung der Fahrtkosten unter Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Je Umgang entstehen Kosten für

I. Bus- / Bahntickets in Höhe von _____ € je Fahrstrecke x 2 = _____ Euro.

II. Zusatztickets zum Monatsticket in Höhe von _____ € je Fahrstrecke x 2 = _____ Euro
_____ Umgänge pro Monat x Gesamtfahrpreis = _____ Euro

- c) Verpflegungsmehraufwand bei umgangsbedingter Abwesenheit vom Wohnort von mehr als acht Stunden in Höhe von 12 Euro je Tag. _____ Tage x 12 € = _____ Euro

- d) Übernachtungskostenpauschale: _____ Umgänge pro Monat x 45 € = _____ Euro

- e) Umgangsbedingter Aufwand, welcher nicht durch Leistungen nach dem SGB II gedeckt sind:

- Kleine Geschenke, Aufmerksamkeiten für mein Kind, monatlich pauschal 40 Euro.
- Aufwendungen für den Besuch einer Freizeiteinrichtung, Freizeitpark für Vater, Mutter und Kind: monatlich pauschal 80 Euro.
- Verpflegungsmehraufwand Kind für gemeinsame Mahlzeiten, Einnahmen von Snacks, etc. in Höhe von monatlich pauschal 60 Euro.

Die monatlichen Pauschalbeträge summieren sich auf: 180 € / Monat

Zu den Anlässen 1) Geburtstag, 2) Weihnachten, 3) Ostern fallen weitere Kosten für Geschenke, Kuchen, Torten, etc. in Höhe von 100 € je Anlass und Kind an.

Der Gesamtbedarf pro Jahr und Kind liegt bei 300 € (25 Euro / Monat).

Da es meinen / unseren Gepflogenheiten entspricht, bereits während des gesamten Jahres die Vorbereitungen für diese Anlässe zu treffen, beantrage(n) ich / wir die Auszahlung des Sonderbedarfes zusammen mit den monatlichen Kostenerstattungen.

Es ergibt sich somit ein Zahlbetrag je Kind in dieser Kategorie in Höhe von monatlich 180 € + 25 € = 205 Euro.

Gesamtkostenberachnung:

a) Fahrtkosten Pkw:	<u>120</u>	Euro
b) Fahrtkosten Zug:	_____	Euro
c) Verpflegungsmehraufwand:	_____	Euro
d) Übernachtungskosten:	_____	Euro
e) Sonstiger Aufwand:		205 Euro
Gesamtkosten / Monat:	<u>325</u>	Euro

Es wird gebeten, die Erstattungsbeträge jeweils im Voraus bis zum Zehnten eines jeden Monats auf folgende Bankverbindung zu überweisen:

Kontoinhaber: Frank Engelen
Kreditinstitut: Commerzbank
IBAN: DE25350800700202225400
BIC: DRESDEF350

Gemäß höchstrichterlicher Rechtsprechung darf durch meinen / unseren Rechtsanspruch auf Erstattung der umgangsbedingten Kosten, das Recht meines(r) / unseres(r) Kindes(r) auf ausreichenden Umgang und zwar sowohl zeitlich je Umgangskontakt als auch bezüglich der Umgangsfrequenz, nicht beeinträchtigt oder gar gebrochen werden.

Bereits heute will / wollen ich / wir darauf hinweisen, dass ich / wir die umgangsbedingten Kosten NICHT vorfinanzieren kann / können!

Eine Nicht Bescheidung meines / unseres Antrages würde also dazu führen, dass ich / wir den Umgang zu meinem(n) / unserem(n) Kind(ern) nicht wahrnehmen könnte(n) und somit eine unbillige Härte für mein(e) / unser(e) Kind(er) entstehen würde.

Es müsste sodann eine Überprüfung der Entscheidung des Jugendamtes bzw. die Verpflichtung zum Tätigwerden gem. § 75 VwGO auf dem Klageweg beim zuständigen Verwaltungsgericht erfolgen.

Antrag 4)

Beratung und Unterstützung bei der Realisierung des Auskunftsrechts

Ich / Wir,

Mutter / Vater / Eltern, Großmutter, Großvater, etc. des(r) oben aufgeführten Kindes(r),

stelle(n) hiermit den Antrag auf Beratung und Unterstützung bei der Realisierung des Auskunftsrechts.

Bitte unterstützen Sie mich / uns bei der Realisierung meiner / unserer Befugnis, Auskünfte über die persönlichen Verhältnisse meines(r) / unseres(r) Kindes(r) zu verlangen.

Von besonderem Interesse ist:

- a) Aktueller Wohnort meines(r) / unseres(r) Kindes(r).
- b) Bei Trägern der freien Kinder und Jugendhilfe Name, Ort und Ansprechpartner und Rufnummer des Unternehmens; bei privaten Pflegeverhältnissen, Name, Anschrift und Telefonnummer der Pflegepersonen.
- c) Name, Ort und Gruppe des besuchten Kindergartens. Dortiger Ansprechpartner und Rufnummer.
- d) Entwicklungsberichte der Einrichtung seit der Inobhutnahme / Anmeldung in dem Kindergarten.
- e) Name, Ort und Klasse der besuchten Schule. Name und Telefonnummer des Klassenlehrers sowie des Schullektors.
- f) Zeugnisse und sonstige Beurteilungen seit Inobhutnahme / Anmeldung an dieser Schule.
- g) Namen und Anschriften aller involvierten oder behandelnden Ärzte seit der Inobhutnahme / Gewährung der Hilfen nach § 34 SGB VIII, Heimerziehung, etc.
- h) Auflistung aller Erkrankungen und ärztlich festgestellten Diagnosen meines(r) Kindes(r) seit der Inobhutnahme / Gewährung der Hilfen nach § 34 SGB VIII, Heimerziehung, etc.
- i) Auflistung aller weiteren Bezugspersonen meines(r) Kindes(r) seit der Inobhutnahme / Gewährung der Hilfen nach § 34 SGB VIII, Heimerziehung, etc.
- j) Übersicht der Vermögenssituation meines(r) Kindes(r) seit der Inobhutnahme / Gewährung der Hilfen nach § 34 SGB VIII, Heimerziehung, etc.
- k) Auflistung der bisherigen Angebote des Jugendamtes zur Erreichung des primären Ziels der sich aus § 34 SGB VIII meinem(n) / unserem(n) Kind(ern) gegenüber resultierenden Rechtsanspruch zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie, um nach Satz 1) des § 34 SGB VIII die Rückkehr des Kindes oder des Jugendlichen in die Familie zu erreichen.

l) Die aktuelle psychische Gesundheit meiner Kinder nach erfolgter

m) vorsätzlicher Körperverletzung durch Entzug des Vaters -

n) _____

Antrag 5)

Beantragung von Hilfen zur Erziehung nach § 28 SGB VIII, Erziehungsberatung

Ich / Wir,
Mutter / Vater / Eltern, Großmutter, Großvater, etc. des(r) oben aufgeführten Kindes(r),

stelle(n) hiermit den Antrag auf Beratung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen. Dabei sollen Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen zusammenwirken, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sind.

Für die Auswahl der mir / uns anbietenden Einrichtungen und Dienste will ich / wollen wir unser Wunsch- und Wahlrecht nach § 5 SGB VIII ausüben.

Ich / wir, wünschen, dass die beantragte Erziehungsberatung durch folgenden Träger erbracht werden soll:

Verein, Beratungsstelle FAMILIENWOHL;
Moerser Str. 284, 47228 Duisburg, Tel.: 020 65 / 899 762, Fax: 020 65 / 899 763,
Mobil: 0157 544 79 537, e-mail: Info@FAMILIENWOHL.de

Bei der Entscheidung für die Beratungsstelle FAMILIENWOHL trug der Umstand bei, dass dieser Träger der freien Jugendhilfe überregional arbeitet und in vielen Bundesländern Beratungspersonal beschäftigt, welches vorwiegend in der aufsuchenden Hilfe tätig ist.

Der große VORTEIL bei der Beratungsstelle FAMILIENWOHL ist zudem, dass die Hotline 24 Stunden rund um die Uhr sowie an Wochenenden zur Verfügung steht.

Der Krisendienst der Beratungsstelle FAMILIENWOHL hilft auch ausserhalb der normalen Geschäftszeiten, wodurch auch akute Gefahren abgewendet und ggf. notwendig erscheinende, aufwendige Inobhutnahmen mit der bekannten Traumatisierungs-Problematik vermieden werden können.

Um für den Bedarfsfall bestmöglichst abgesichert zu sein, beantrage(n) ich / wir vorsorglich,

Aufsuchende Kriseninterventionshilfe durch die Beratungsstelle FAMILIENWOHL inkl. der entstehenden Fahrtkosten für eine Anfahrtstrecke bis zu 250 km in Höhe von 30 Cent je gefahrenen Kilometer.

Ich / wir entbinden die / den beauftragte(n) Einrichtung / Dienst gegenüber dem Jugendamt von der **Schweigepflicht**:

JA

NEIN (wird empfohlen)

Antrag 6)

Beantragung der Durchführung eines Hilfeplangesprächs nach § 36 SGB VIII

Ich / Wir,
Mutter / Vater / Eltern, Großmutter, Großvater, etc. des(r) oben aufgeführten Kindes(r),

stelle(n) hiermit den Antrag auf die zeitnahe / turnusgemäße Durchführung eines Hilfeplangesprächs unter meiner / unserer sowie der Beteiligung unseres(r) o.g. Kindes(r).

Es wird auf die Mitwirkungspflicht aller Beteiligten sowie an die Grundlage für die Verpflichtung der Kostenübernahme durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe gem. § 36a SGB VIII i.V.m. § 36 und § 5 SGB VIII hingewiesen.

Den Eingang meines / unseren heutigen Antrags bitte(n) ich / wir kurz zu bestätigen. Es wird um eine zeitnahe Bearbeitung dieses Verwaltungsaktes gebeten.

Nach Durchführung des zugehörigen Hilfeplangesprächs bitte(n) ich / wir um die zeitnahe Zustellung des rechtsmittelfähigen Bewilligungsbescheids gegen PZU.

Hilden, 12.09.16 Engel

Ort, Datum

Unterschrift Vater

Unterschrift Mutter

Ort, Datum

Unterschrift Großvater

Unterschrift Großmutter

Ort, Datum

Berechtigte Person

Berechtigte Person

Rechtsbehelfs-, bzw. rechtlicher Hinweis

Sofern diesem Antrag nicht entsprochen oder er gar nicht bearbeitet wird, werde(n) ich / wir von meinem / unseren Klagerecht im Widerspruchsverfahren, bzw. im Wege der Untätigkeits- und Verpflichtungsklage gem. § 75 VwGO am zuständigen Verwaltungsgericht Gebrauch machen.

Um Rechtsunsicherheiten auszuschließen, weise(n) ich / wir insbesondere auf die Rechtsvorschriften des § 36a Abs. 3 SGB VIII hin, gemäß derer mir / uns das Recht zusteht, selber Hilfe zu beschaffen, sofern die in Abs. 3 genannten Bedingungen erfüllt sind.

Die Voraussetzung gem. § 36a Abs. 3 Satz 1 ist mit diesem Antrag erfüllt.

Die weiteren Bedingungen können im Bedarfsfall durch die ausführliche Dokumentation des Leistungserbringers nachgewiesen werden. Auch hier scheue(n) ich / wir keine prozessuale Auseinandersetzung oder Mitwirkung, um dem Leistungserbringer zu seinem Recht auf Vergütung seiner Leistungen zu verhelfen. Nur so kann der Erhalt einer zielorientierten und familienwohldinlichen Beratung und Unterstützung sichergestellt werden.